

Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Sachsens in der laufenden und den nächsten Dekaden

Fragen der längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung treten wieder in den Vordergrund der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion. Einen wichtigen Grund liefern die sich abzeichnenden gravierenden demographischen Veränderungen in Deutschland, die für viele Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind.¹ Weitere Faktoren für die Renaissance der langen Sicht sind die Auswirkungen der europäischen Integration und des generellen Trends zur Globalisierung. Beides sind Phänomene, deren Wirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zwar gravierend sind, sich aber erst in längeren Zeiträumen entfalten.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Trends zur Integration der Märkte und der Internationalisierung der Produktion ist es erforderlich, auch auf Landesebene der Frage der längerfristigen Perspektiven für Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt nachzugehen. In der ifo Niederlassung Dresden wurde deshalb ein Rechensystem für die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Langfrist-Szenarien für Sachsen entwickelt. Das System wurde zunächst genutzt, um die benötigten wirtschaftlichen Rahmendaten für das Energieprogramm 2004 des Freistaates Sachsen zu erarbeiten.² Das im Rahmen dieser Aufgabe erarbeitete Szenario für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen wird im Folgenden vorgestellt. Bevor auf die Perspektiven bis 2030 eingegangen wird, soll das zugrunde liegende Rechensystem kurz erläutert werden.

Elemente und Strukturen des Rechensystems

Das Rechensystem besteht aus zwei Modellen, einem für Deutschland und einem für Sachsen. Beide Teilsysteme greifen auf gemeinsame Leitvariablen zurück. Exogen vorgegeben werden das Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern und in anderen wichtigen Regionen der Welt sowie die Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in Deutschland und in Sachsen. Das sächsische Modell ist mit dem Deutschland-Modell verknüpft und bezieht Leitvariablen aus diesem System. Jedes der beiden Teilsysteme ist sektoral differenziert. Unterschieden werden die Bereiche

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- Energiewirtschaft, Bergbau
- verarbeitendes Gewerbe
- Baugewerbe
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr
- Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienste
- öffentliche und private Dienste.

Das verarbeitende Gewerbe ist zusätzlich nach 11 Industriezweigen differenziert.

Für jeden Sektor wird die Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 und die Zahl der Erwerbstätigen vorausgeschätzt. Die Bruttowertschöpfung³ und die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt der verschiedenen Regionen ergeben sich aus der Aggregation der Schätzwerte für die Sektoren. Die Vorausschätzung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen ist dabei auf Sektorebene stets über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) miteinander verknüpft. Die Verknüpfung ist unterschiedlich je nachdem, ob es sich um einen Wirtschaftsbereich handelt, der in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist (internationaler Sektor) oder vorwiegend nicht handelbare Güter und Dienste für den lokalen Markt produziert.

Vorgehensweise im internationalen Sektor

In Zweigen des internationalen Sektors, zu diesem zählt insbesondere das verarbeitende Gewerbe, folgt die Prognose dem in Abbildung 1 dargestellten Schema. Ausgehend von exogenen Leitvariablen wie der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder und anderen wichtigen Regionen wird

¹ Vgl. SINN (2003a).

² Vgl. <http://www.ier.uni-stuttgart.de>

³ und daraus abgeleitet das Bruttoinlandsprodukt.

zunächst unter Beachtung der regionalen Exportstruktur der betrachteten Region (Deutschland oder Sachsen) die Entwicklung der gesamten Exporte der Region abgeleitet. In einem rudimentären gesamtwirtschaftlichen Modellteil werden aus der exogenen Bevölkerungsentwicklung und den Annahmen zu den realen Konsumausgaben pro Kopf, die Entwicklung des Konsums und der Investitionen in Deutschland abgeleitet und damit die Binnennachfrage insgesamt in Deutschland bestimmt. Beide Endnachfragekomponenten werden anschließend auf der Basis der Trends im und von Annahmen zum zukünftigen Wandlungsmuster in der Nachfrage auf die sektorale Ebene herunter gebrochen. Unter Beachtung des Trends in den Importquoten nach Wirtschaftszweigen wird dann der Teil der Binnennachfrage berechnet, der über Importe befriedigt wird. Aus der Summe der Exportnachfrage und der Binnennachfrage, vermindert um die Importe, ergibt sich dann der Produktionswert des Sektors. Aus Trends zur Entwicklung der Vorleistungsquote lässt sich daraus die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftszweiges bestimmen.

Auf der Basis einer Extrapolation des Trends in der Arbeitsproduktivität lässt sich dann im nächsten Schritt aus der Projektion der Wertschöpfung des Sektors die Entwicklung seiner Erwerbstätigen ableiten.

Die Pfeile in Abbildung 1 symbolisieren Rechenoperationen. Zum Teil handelt es sich dabei um definitorische Beziehungen wie die Relationen zwischen den Variablen Bruttowertschöpfung, Arbeitsproduktivität und Zahl der Erwerbstätigen. Im Übrigen verbergen sich dahinter Elastizitäten oder Anteile.⁴

Der Ansatz für die Projektion von Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in den internationalisierten Wirt-

schaftsbereichen ist nicht allein nachfragebestimmt. Angebotsorientierte Elemente finden Eingang bei der Entwicklung der Exportelastizität und der Entwicklung der sektoralen Import- und Vorleistungsquoten. An diesen Stellen können auch zu erwartende Veränderungen in der Wettbewerbssituation der Industrie wie z. B. der Wegfall von bisher bestehenden Marktzugangsbarrieren für ausländische Anbieter bei der Projektion berücksichtigt werden.

Vorgehensweise in den binnenwirtschaftlich orientierten Zweigen

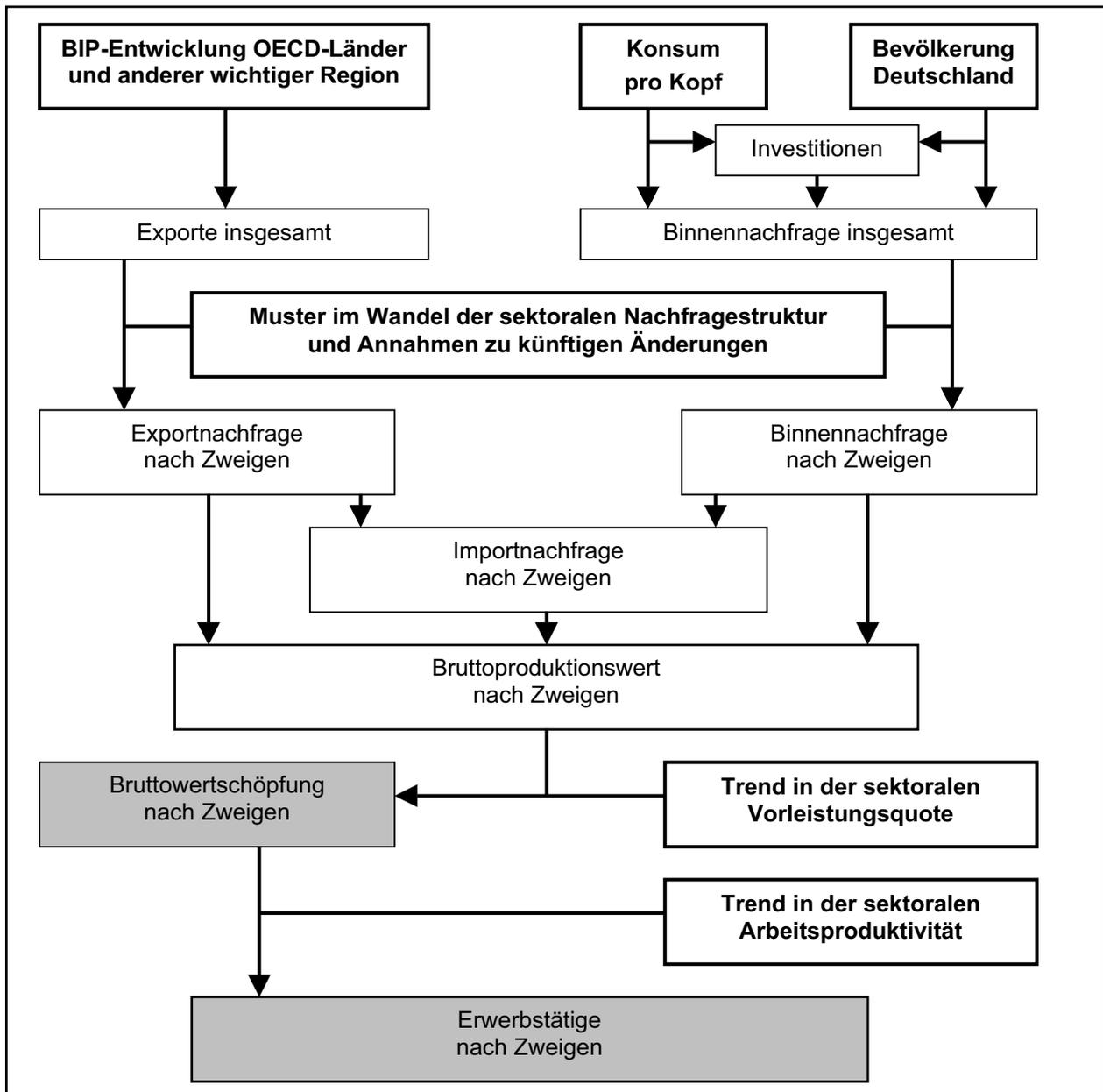
Bei den für den lokalen Markt produzierenden Wirtschaftszweigen wird ein völlig anderer Ansatz verwendet. Ausgegangen wird von einem Versorgungskonzept, d. h. es wird an den Trends in der Versorgungsdichte mit Diensten des betreffenden Bereiches angeknüpft. Die Versorgungsdichte wird anhand des Verhältnisses von Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich zur Bevölkerung der Region gemessen. Die Prognose der Erwerbstätigen des Wirtschaftsbereiches ergibt sich dann aus der ggf. durch Annahmen modifizierten Fortschreibung des bisherigen Trends der Versorgungsdichte in die Zukunft und der Bevölkerungsentwicklung der Region. Über den Trend im Wachstum der Arbeitsproduktivität des Sektors wird dann die Entwicklung der Wertschöpfung des für den lokalen Markt produzierenden Wirtschaftszweiges bestimmt (vgl. Abb. 2).

Der versorgungsorientierte Ansatz wurde für die Land- und Forstwirtschaft, den Bereich Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Gastgewerbe, das Kredit- und Versicherungsgewerbe, den Bereich Grundstückswesen, Vermietung sowie den Bereich der öffentlichen und privaten Dienste angewendet. So

⁴ *Abbildung 1 beschreibt die Vorgehensweise bei der Vorausschätzung eines deutschen Industriezweiges. Bei den zum internationalen Sektor zu zählenden Wirtschaftszweigen Sachsens weicht die Bestimmung des Produktionswertes ab, weil sich hier die Binnennachfrage mangels vergleichbarer Import- und Exportwerte für die Vergangenheit nicht berechnen lässt. Geschätzt wird statt dessen unmittelbar die für das Inland bestimmte Produktion (Produktionswert minus Exportwert). Diese wird über eine Relation zu dem Produktionswert des Zweiges in Deutschland abgeleitet. Der Inlandsabsatz einer Industrie in Sachsen wird also als Vorleistung für die Produktion dieser Industrie in Deutschland insgesamt interpretiert. Auch das Wachstum des Exports der sächsischen Industrie wird mit dem Exportwachstum des deutschen Industriezweiges verknüpft. Die Verknüpfung beachtet dabei globale Unterschiede in der regionalen Exportstruktur und in der Vergangenheit zu beobachtende Differenzen in der sektoralen Wachstumsdynamik. Sie ist auch offen für die Vorgabe von Veränderungen in den Wettbewerbs- und Wachstumsbedingungen der sächsischen Industrie wie sie z. B. der Wegfall staatlicher Investitionsförderung bedeuten würde, wenn Sachsen ganz oder teilweise aus der Förderung als Ziel-1-Region Europas herausfallen würde.*

Abb. 1

Prognose von Wirtschaftszweigen, die zum internationalen Sektor zählen



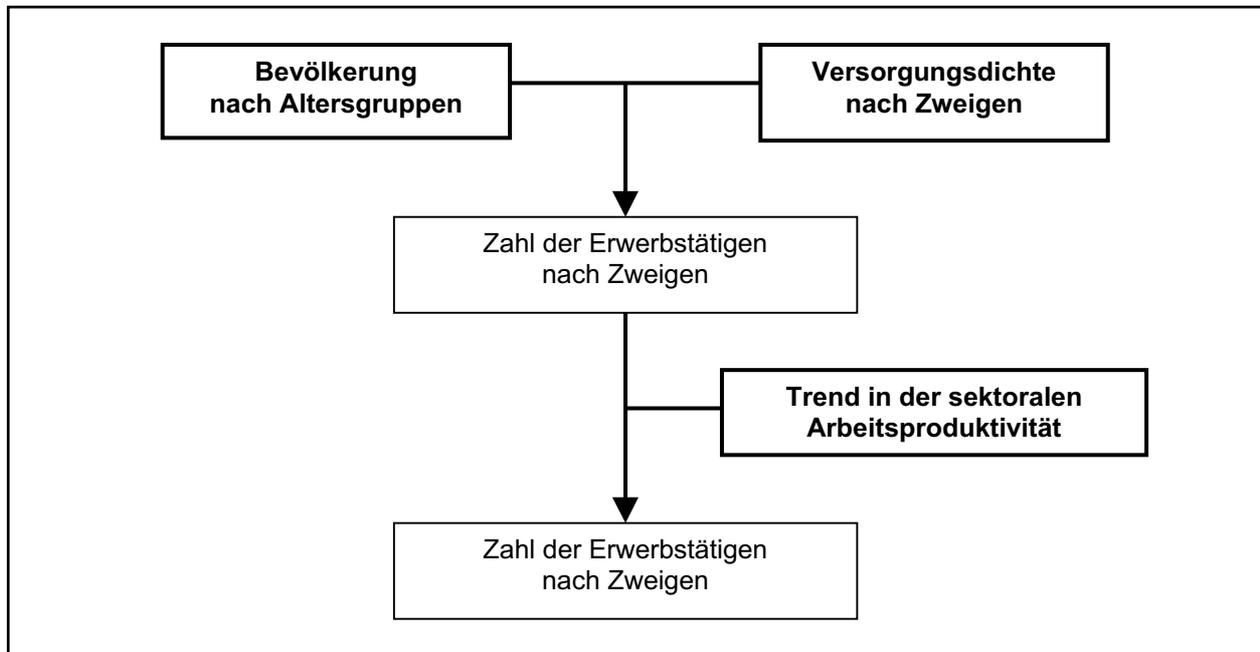
Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

weit es eine Verbesserung der Prognose verspricht, wurde innerhalb dieser Wirtschaftsbereiche die Versorgungsdichte, noch nach Sub-Sektoren untergliedert, in die Zukunft fortgeschrieben und dann das Gesamtergebnis aus der Aggregation der Erwerbs-

tätigen aus den Teilbereichen bestimmt. Die Differenzierung ist immer dann angebracht, wenn sich die Trends in der Versorgungsdichte von Sub-Sektor zu Sub-Sektor unterscheiden und/oder für die Zukunft eine differenzierte Entwicklung erwartet werden muss.

Abb. 2

Prognose von binnenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftszweigen



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Der versorgungsorientierte Ansatz gestattet es auch, die Wirkungen von Veränderungen auf den Arbeitsmarkt einzufangen oder in den finanzpolitischen Rahmenbedingungen abzubilden. So wurde im konkreten Fall bei der Vorgabe der zukünftigen Dichte nach Zweigen berücksichtigt, dass sich wegen der anstehenden Reformen des sozialen Netzes und der notwendigen Deregulierung des Arbeitsmarktes in Zukunft ein Niedriglohnsektor bilden kann und dass der Zwang zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über eine Dämpfung der Staatsausgaben veränderte Trends bei der Dichte der Versorgung mit öffentlichen Diensten impliziert.

Eingebaute Prüfmechanismen

Das Rechensystem konzentriert sich auch auf die reale Betrachtung und bildet den Preismechanismus und insbesondere die Lenkungsfunktion der relativen Preise nicht explizit ab. Es ist in seinen einzelnen Teilen einfach konstruiert. Die prognostizierten Werte basieren auf der Verlängerung von Trends der Vergangenheit. Im Einzelfall werden diese modifiziert,

wenn zu erwartende Änderungen bei exogenen Größen, wie z. B. dem Wandel in der Bevölkerungsstruktur, Anlass hierzu geben oder wenn von einer veränderten wirtschaftspolitischen Rahmensetzung ausgegangen wird. Zu den Vorteilen des Systems zählt, dass Expertenwissen, das sich häufig auf einzelne Branchen bezieht, berücksichtigt und mit den korrekten Gewichten verarbeitet werden kann. Der Umfang der Änderung der Trends auf Sektorebene wird in der Regel aus partialanalytischen Betrachtungen abgeleitet. Die Aggregation der so für die einzelnen Variablen und Sektoren ermittelten Werte folgt den Definitionen und Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sodass auch von dieser Seite her das System klar strukturiert ist. Trotzdem wird das Gesamtsystem gerade wegen seiner Detaillierung komplex. Hierzu trägt auch die Verknüpfung zwischen dem sächsischen und dem deutschen Teilmodell bei.

Die Verlässlichkeit der Projektionsergebnisse hängt nicht nur davon ab, wie gut die Prognosewerte auf der sektoralen Ebene begründet und geschätzt werden können. Wichtig ist auch, ob die aus der Aggre-

gation der einzelnen Wirtschaftsbereiche gewonnenen Gesamtergebnisse aus gesamtwirtschaftlicher Sicht konsistent und stabil sind. Zur Sicherung der Konsistenz sind die aus der Entstehungsseite gewonnenen Resultate für das Bruttoinlandsprodukt mit den Werten der Verwendungsseite abzustimmen, welche bei der Schätzung der Entwicklung der Wirtschaftszweige des internationalen Sektors (vgl. Abb. 1) vorgegeben werden. Für jedes Prognosejahr muss dabei folgende Beziehung erfüllt sein:

$$\text{Bruttoinlandsprodukt} = \text{Export} + \text{Konsum} + \text{Importe} + \text{Investition}$$

Wenn die Aggregate der Entstehungs- und der Verwendungsseite auseinander klaffen, müssen die Trendextrapolationen auf der Ebene der Wirtschaftszweige in einem Kalibrierungsprozess so lange verändert werden bis die Abweichungen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite vernachlässigt werden können. Klar ist dabei, dass sich die geänderten Trendwerte für den einzelnen Wirtschaftszweig möglichst im Rahmen des Bandes von Erfahrungswerten für die Vergangenheit bewegen sollten.

Eine Projektion ist nur dann als Zukunftsbild ernst zu nehmen, wenn sie nicht unhaltbare gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte impliziert oder, anders ausgedrückt, wenn sie als stabil angesehen werden kann. Da die Entwicklung der Inflationsrate nicht geschätzt wird, kann die Prüfung der Ergebnisse auf Stabilität nur daran ansetzen, ob und wie stark das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und das Gleichgewicht am Arbeitsmarkt verletzt sind. Beim Deutschlandmodell wird deshalb errechnet, welche Entwicklung

- des Außenhandelssaldos in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und
 - der Erwerbslosenquote (Zahl der Erwerbslosen in Relation zu den Erwerbspersonen)
- die Projektion impliziert.

Der Außenhandelssaldo kann Prüfgröße sein, weil die Importe im Modell endogen bestimmt werden. Die

Zahl der Erwerbslosen wird aus der Differenz zwischen der Zahl der Erwerbspersonen und der Zahl der Erwerbstätigen sowie dem Pendlersaldo der Region errechnet. Die Zahl der Erwerbspersonen wird aus der Bevölkerungsprognose und den Trends für das Erwerbsverhalten⁵ der männlichen und weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abgeleitet. Die Zahl der Erwerbstätigen ergibt sich als Rechenergebnis des Systems.

Wenn eine oder beide Prüfgrößen Werte annehmen, die nicht nachhaltig beibehalten werden können, so müssen die Schätzungen auf der Entstehungsseite überprüft und überarbeitet werden. Der Prozess der Kalibrierung kann zeitraubend sein, da Korrekturen der Trends auf der Sektorebene, die z. B. zu einer Annäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht führen zu einer Entfernung vom Gleichgewicht am Arbeitsmarkt führen können.

Die Modellergebnisse für Sachsen lassen sich nicht auf gesamtwirtschaftliche Konsistenz prüfen. Prüfmaßstäbe sind hier neben der implizierten Entwicklung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt die Entwicklung des Gewichts Sachsens im Rahmen von Deutschland.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das entwickelte sektoral disaggregierte Rechensystem

- den Definitionen und Konsistenzbedingungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung genügt,
- wichtige Verflechtungen mit der internationalen und nationalen Wirtschaftsentwicklung berücksichtigt und
- offen für alternative Annahmen zur Wirkung von sich abzeichnenden Veränderungen der Rahmenbedingungen ist, wie z. B. die EU-Osterweiterung und die anstehenden Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland.

Je nach Konstellation bei diesen Einflussgrößen lassen sich mit dem System ganz unterschiedliche Szenarien für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen erarbeiten.

⁵ Hierbei wird auf die Berechnungen des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) zurückgegriffen.

Zentrale Annahmen der Projektion für Sachsen

Die Projektionsergebnisse des Systems hängen ab von den Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung in der Welt und der voraussichtlichen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Einen dritten wichtigen Komplex von Einflussfaktoren auf das Ergebnis bilden Einschätzungen und Annahmen zu den Standortbedingungen in Sachsen und zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Im Folgenden wird zunächst auf die Annahmen zum internationalen und zum nationalen Umfeld eingegangen.

Weltwirtschaftliches Umfeld

Sachsen treibt inzwischen wieder intensiven Handel mit allen Weltregionen.⁶ Einen wichtigen Teil des Rahmens für seine Wirtschaftsentwicklung bilden deshalb Annahmen zum Wachstum in den Industrieländern (OECD) sowie in Russland und in China. Für die OECD-Länder wird ein von der internationalen Energieagentur entwickeltes Szenario übernommen, das von einem Ölpreis in US-\$ des Jahres 2000 in einer Größenordnung zwischen 21 und 29 US-\$ pro Barrel ausgeht.⁷ Es unterstellt eine sukzessive Annäherung beim Wachstum in den großen Wirtschaftsblöcken, allerdings bei einer, im Vergleich zur

Vergangenheit, niedrigeren jährlichen Wachstumsrate (vgl. Tab. 1). Die Vorausschätzung der Exportentwicklung Sachsens berücksichtigt die Differenzierung nach Regionen und trägt explizit der geographischen Nähe zu den EU-Beitrittsländern Rechnung.

Entwicklung von Bevölkerung und Zahl der Haushalte

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaftsentwicklung ist die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in Sachsen selbst. Diese Einflussgrößen sind nicht nur wichtig für die Bestimmung der Konsumnachfrage, sondern wirken auch auf die Nachfrage nach Bauten. Außerdem beeinflussen Bewegungen bei der Zahl der Einwohner und Veränderungen in ihrer Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht das Arbeitskräfteangebot. Abbildung 3 zeigt die Bevölkerungsentwicklung, wie sie sich aus der mittleren Variante 5 der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamtes für Deutschland ergibt.⁸ Unterstellt ist dabei ein (Zu-) Wanderungssaldo bei der ausländischen Bevölkerung zwischen 200.000 und 300.000 Ausländern pro Jahr.

Die Bevölkerungsprognose für Sachsen geht von

Tab. 1

Wirtschaftswachstum in den Industrieländern bis 2030 im Vergleich zu den vergangenen 40 Jahren

Zeitraum	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %			
	EU 15	USA, Kanada	OECD-Pacific ^{a)}	OECD
1960-1970	4,8	4,2	9,0	5,1
1970-1980	3,0	3,3	4,4	3,4
1980-1990	2,4	3,1	4,4	3,1
1990-2000	2,1	3,2	2,3	2,7
2000-2010	2,2	2,5	2,3	2,3
2010-2020	1,9	1,8	2,2	1,9
2020-2030	1,7	1,7	1,9	1,7

a) Japan, Korea, Australien, Neuseeland.

Quelle: OECD, Internationale Energieagentur (2002).

⁶ Vgl. hierzu im Detail VOTTELER (2002).

⁷ Vgl. im Einzelnen INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR (2002).

⁸ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2003). Zu den ökonomischen Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung vgl. SINN (2003a).

den gleichen Ausgangsdaten aus wie die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 des Statistische Landesamtes und verwendet dessen Annahmen hinsichtlich Geburten- und Sterberaten.⁹ Die Prognose übernimmt aber nicht die Annahmen des Landesamtes zu den Salden der Wanderungen zwischen Sachsen und den anderen deutschen Ländern. Sie fußt vielmehr auf Annahmen zur Entwicklung dieser Binnenwanderungssalden, die mit den erarbeiteten mittel- und langfristigen Perspektiven für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt Sachsens konsistent sind. Diese implizieren eine stärkere Rückbildung der (Ab-) Wanderungssalden Sachsens nach 2005. Zwischen 2010 und 2015 werden Zuwanderungen per Saldo von bis zu 3.000 Männern und Frauen pro Jahr angenommen. Danach bleibt die sächsische Wanderungsbilanz ausgeglichen.

Wie Abbildung 3 zeigt, nimmt die Zahl der Einwohner im Freistaat trotzdem bis 2030 deutlich ab. Der Anteil Sachsens an der deutschen Bevölkerung, der Ende 2000 bei 5,4 % lag, würde bis 2030 um einen halben Prozentpunkt auf 4,9 % zurückgehen. Die

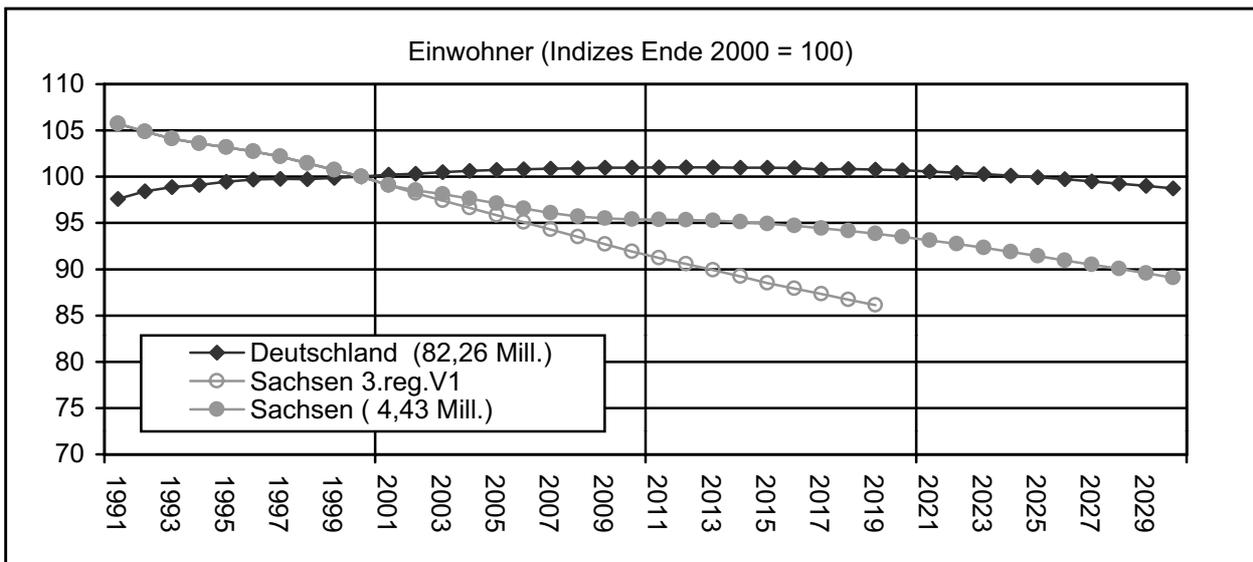
aktuelle regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes geht selbst in der oberen Variante von einem weit ausgeprägteren Schwund bei den Einwohnern Sachsens aus. Danach würden bereits 2020 nur mehr 4,6 % aller Einwohner Deutschlands in Sachsen wohnen.

Aus dem Bevölkerungsszenario für Sachsen, das nach Geschlecht und Altersgruppen differenziert vorliegt, lässt sich eine konsistente Prognose der Zahl der Haushalte bis 2030 ableiten. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Schätzung. Danach ist für Sachsen mit einem weniger ausgeprägten Rückgang bei der Zahl der Haushalte als bei der Zahl der Einwohner zu rechnen. Dies ist nicht nur auf den Trend zu Einpersonenhaushalten in allen Altersgruppen zurückzuführen. Auch die Mehrpersonenhaushalte werden kleiner. Dies geht konform mit den für Westdeutschland belegbaren Trends.

Zu dem Absinken der durchschnittlichen Haushaltgröße trägt maßgeblich die Strukturverschiebung in der sächsischen Bevölkerung hin zu den älteren Generationen bei. Männer und Frauen, die älter als 60 sind, leben viel häufiger in Einpersonenhaushalten.

Abb. 3

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in Sachsen 1991–2030



Quelle: Statistisches Bundesamt (2003, Variante 5), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Vorausschätzungen des ifo Instituts.

⁹ Vgl. im Einzelnen STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2003).

halten als Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren.

Szenario der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Nach der Variante 5 der aktuellen Bevölkerungsprognose für Deutschland, die als wahrscheinlichste Entwicklungsperspektive einzustufen ist, nimmt die deutsche Bevölkerung bis 2010 leicht zu, stagniert auf dem erreichten Niveau bis 2020 und nimmt dann bis 2030 im Jahresdurchschnitt um 0,2 % p. a. ab (vgl. Abb. 1). Wenn sich die Konsumausgaben pro Kopf real in den nächsten Jahrzehnten ähnlich wie in der Vergangenheit um 1,5 bis 1,7 % pro anno erhöhen, errechnet sich für Deutschland aus diesen Annahmen zum binnenwirtschaftlichen Rahmen und dem Szenario zum weltwirtschaftlichen Umfeld, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den nächsten 30 Jahren voraussichtlich zwischen 1,3 % und 1,6 % pendeln wird (vgl. Abb. 4). Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf wird sich dabei gegenüber der schwachen Entwicklung in den neunziger Jahren erholen und zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner in der Größenordnung von 1,5 % führen.

Deutschland bleibt damit beim Wachstum wie in den letzten 30 Jahren unter dem Durchschnitt der in der OECD zusammengeschlossenen Industrieländer, wenn auch nicht mehr so deutlich wie unmittelbar nach der Wiedervereinigung. Ein maßgeblicher Grund für die Wachstumsbeschleunigung in der Periode 2010 bis 2020 sind die in Angriff genommenen Reformen des Arbeitsmarktes und des Systems der sozialen Sicherung¹⁰. Es wird davon ausgegangen, dass diese Wirkung zeigen und sich auch in Deutschland ein Niedriglohnssektor bildet.

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklung in der Weltwirtschaft und in Deutschland errechnet sich für das sächsische Bruttoinlandsprodukt der in Abbildung 5 dargestellte Wachstumsverlauf. Das Wachstum in Sachsen wird danach in den nächsten 30 Jahren stärker bleiben als im Bundesdurchschnitt. Der Abstand verringert sich aber sukzessive.

Die gesamtwirtschaftliche Dynamik wird dabei im Wesentlichen von vier Faktoren bestimmt, nämlich den

- Standortbedingungen für das verarbeitende Gewerbe,

Tab. 2

Entwicklung der Zahl der Einwohner und der Haushalte in Sachsen bis 2030

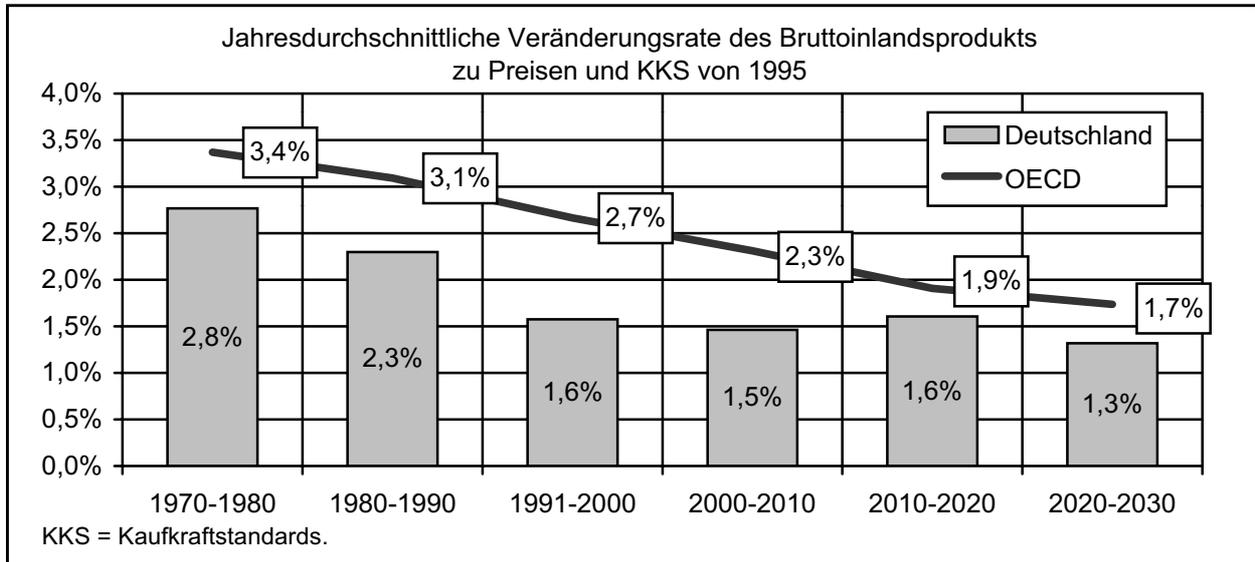
Jahr	Zahl der Einwohner	Zahl der Haushalte mit			Haushaltsgröße	
		einer Person	mehreren Personen	Insgesamt	Einwohner pro Haushalt	Personen in Mehrpersonenhaushalten
		in 1.000			Im Durchschnitt	
2000	4.425,6	720,1	1.379,7	2.099,8	2,11	2,69
2010	4.221,9	743,7	1.323,3	2.066,9	2,04	2,63
2020	4.137,8	789,3	1.290,2	2.079,5	1,99	2,60
2030	3.943,3	768,7	1.254,8	2.023,6	1,95	2,53
Periode	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %					
2000-10	-0,5	0,3	-0,4	-0,2	-0,3	-0,2
2010-20	-0,2	0,6	-0,3	0,1	-0,3	-0,1
2020-30	-0,5	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Vorausschätzungen des ifo Instituts.

¹⁰ Diese müssen allerdings noch weiter gehen als aktuell geplant; vgl. SINN (2003b).

Abb. 4

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Zeitraum 1970–2030
im Vergleich zum OECD-Durchschnitt



Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Internationale Energieagentur (2002), Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

- Nachfrage- und Angebotsbedingungen für die Bauwirtschaft,
- Auswirkungen der notwendigen Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung auf die öffentlichen Haushalte und den Bereich der sozialen Dienste und
- Wirkungen verbesserter Rahmenbedingungen für den Niedriglohnsektor.

Letzteres ist mit der HARTZ-Reform¹¹ und den aktuell diskutierten Reformen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe und zur Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarktes angelegt. Die aktuellen Vorschläge greifen aber immer noch zu kurz.¹² Notwendig ist eine weitergehende Reform der sozialen Sicherung¹³ und der Rahmenbedingungen für die Lohnpolitik (Lockerung der Flächentarifvertragsbindung).¹⁴

Abbildung 6 zeigt die sich abzeichnende Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen. Das verarbeitende Gewerbe wird in diesem

Szenario für Sachsen den Wachstumsträger Nr. 1 bilden.

Das Baugewerbe wird im Trend weiter schrumpfen, aber nicht mehr in dem Tempo wie in den letzten zehn Jahren. Von den öffentlichen und privaten Diensten werden wenig Impulse für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung in Sachsen ausgehen. Auf die Gründe hinter diesen Entwicklungslinien wird in den folgenden Abschnitten eingegangen.

Verarbeitendes Gewerbe

In der Wachstumsstärke des sächsischen verarbeitenden Gewerbes kommt auch zum Ausdruck, dass dieser Bereich in Sachsen bisher gute Standortbedingungen vorgefunden hat. Seit 1995 wächst die sächsische Industrie Dank niedrigerer Arbeitskosten, der günstigeren Kapitalkosten (massive Investitionsförderung als Ziel-1-Region der Europäischen Union) und einer international konkurrenzfähigen Angebots-

¹¹ Für eine Diskussion der HARTZ-Vorschläge vgl. FRANZ und FEHN (2002), OCHEL und WERDING (2002) sowie OCHEL (2003).

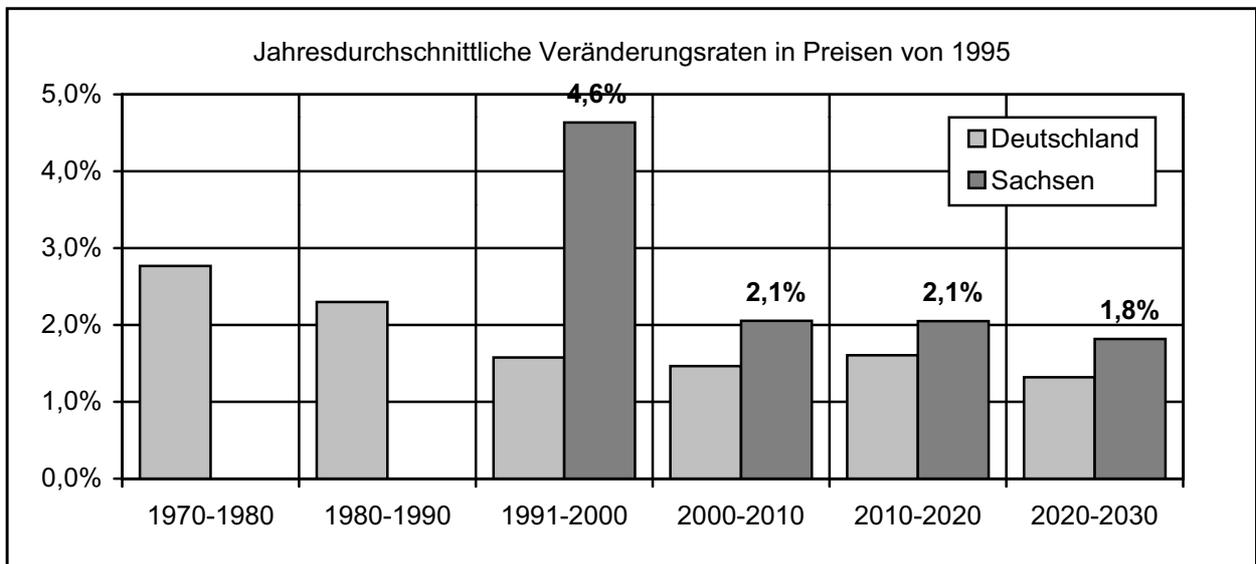
¹² Vgl. SINN (2003b).

¹³ Vgl. SINN, HOLZNER, MEISTER ET AL. (2002).

¹⁴ Vgl. SINN (2002).

Abb. 5

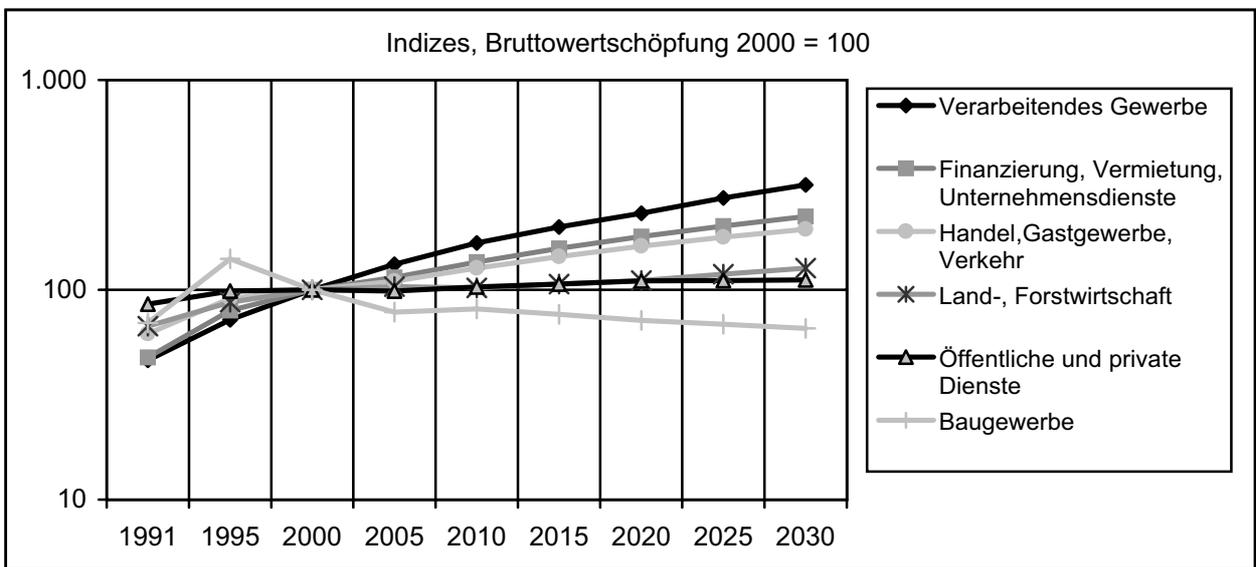
Wachstum in Sachsen im Vergleich zu Deutschland



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Abb. 6

Bruttowertschöpfung in Sachsen nach Wirtschaftsbereichen



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

palette deutlich stärker als der Durchschnitt der deutschen Industrie. Wenn keine gravierenden Fehler in der Lohn- und Tarifpolitik gemacht werden¹⁵, wird

diese Konstellation auch noch im laufenden Jahrzehnt weiter gelten. Zwar werden große Teile Sachsens voraussichtlich nach 2006 nicht mehr zu den

¹⁵ Der gescheiterte Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie Ostdeutschlands zeigt, dass diese Annahme durchaus realistisch ist.

besonderen Fördergebieten der EU zählen. Da aber Übergangsregelungen greifen werden, wird es seinen Vorsprung durch niedrige Kapitalkosten nicht sofort verlieren.

Nach 2010 wird jedoch Sachsen voraussichtlich keine signifikanten Kapitalkostenvorteile im innerdeutschen Vergleich mehr haben. Im Vergleich zu den Nachbarländern Polen und Tschechien sowie den übrigen EU-Beitrittsländern verschlechtert sich die Position im Standortwettbewerb deutlich, da diese Länder dann neben niedrigeren Arbeitskosten auch noch als Ziel-1-Regionen der EU günstigere Bedingungen für Investoren bieten können. Von dieser Seite her ist damit zu rechnen, dass das Wachstum des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen fühlbar abgebremst wird. Wenn trotzdem noch im Vergleich zum Durchschnitt der deutschen Industrie (2 %) ein höheres Wachstum zu erwarten ist, so hängt dies mit der guten Forschungs- und Bildungsinfrastruktur in Sachsen zusammen. Im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern wird der Freistaat über wesentlich günstigere Standortbedingungen für Unternehmen im Bereich gehobener und höchster Technologie verfügen und im Vergleich zur westdeutschen Konkurrenz voraussichtlich niedrigere Arbeitskosten bieten können. Die Spezialisierung Sachsens im Hightech-Bereich wird voraussichtlich auch noch nach 2020 das Wachstum tragen.

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes wird sich vor dem Hintergrund der angesprochenen Veränderungen in den Standortbedingungen eine sehr differenzierte Entwicklung ergeben (vgl. Abb. 7). Entsprechend den sich abzeichnenden Tendenzen im Wandel der Nachfragestruktur wird Sachsen vor allem von seiner Spezialisierung auf die Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik und der Hightech-Bereiche der Chemie profitieren. Wachstumsschwach bleiben die Vorlieferanten der Bauwirtschaft und der Bereich Leder, Textil, Bekleidung. Beim zuletzt genannten Bereich wandert die Produktion nach Osteuropa und die GUS-Staaten und nach China. Die Schwäche der Baunachfrage wirkt

sich auf die Vorlieferanten im verarbeitenden Gewerbe aus.

Auch im Fahrzeug- und Maschinenbau spricht Eini- ges dafür, dass Sachsen Dank seiner guten Wettbewerbsposition beim Produktionswachstum mindestens mit dem Marktwachstum mithalten kann. In diesen Bereichen sollten sich auch die Impulse aus der EU-Osterweiterung auswirken: Das zu erwartende Wachstum in den östlichen Nachbarländern erfordert Investitionen und wird die Kaufkraft der Konsumenten in den Beitrittsländern steigern. Dies wird die Nachfrage nach höherwertigen Gütern stärken, wovon die sächsischen Hersteller von Investitionsgütern und Gebrauchsgütern und hier ansässige Zulieferer für diesen Bereich wegen der geographischen Nähe überdurchschnittlich profitieren werden.

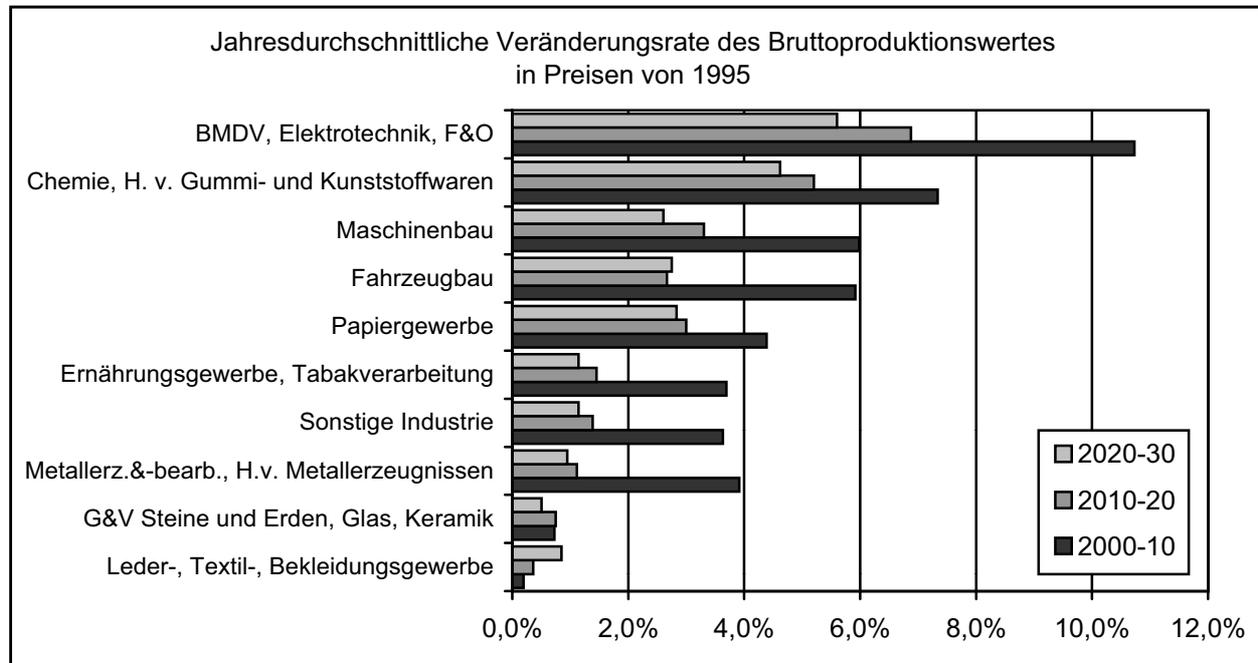
Die Verringerung im Wachstum in allen Teilbereichen der Industrie nach 2010 hängt mit der angesprochenen Verteuerung der Kapitalkosten zusammen. Durch die veränderten Standortbedingungen nach 2010 werden sich alle sächsischen Industriebereiche schwerer tun, insbesondere aber die Bereiche mit kapitalintensiver und/oder humankapitalarmer Produktion.

Bauwirtschaft

Die Produktion des sächsischen Baugewerbes hängt maßgeblich von der Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland ab. Infolge des Überangebots an Wohnungen und Geschäftsräumen, das im Zuge der Subventionierung der Bauaktivitäten in Ostdeutschland in den neunziger Jahren entstanden ist, schrumpft die Nachfrage nach Wohnbauten in Ostdeutschland seit 1996 deutlich.¹⁶ Trotz immer noch hoher Wohnungsleerstände werden die Rückgänge bei den Investitionen in Wohnbauten im Laufe dieses Jahrzehnts ausklingen und trotz rückläufiger Bevölkerung in den nächsten Dekaden in eine leichte Erholung einmünden (vgl. Tab. 3). Vorausgesetzt wird dabei, dass sich der Aufholprozess in der durchschnittlichen Wohnungsgröße und in der Ausstattung der Wohnungen gegenüber Westdeutschland fortsetzt.

¹⁶ Vgl. im Einzelnen GERSTENBERGER (2001).

Abb. 7
Produktionsentwicklung innerhalb des verarbeitenden Gewerbes 2000–2030 in Sachsen



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Während im Wohnungsbau aus diesen Gründen mit einer Stabilisierung der Nachfrage zu rechnen ist, kann hiervon im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau nicht ausgegangen werden. Beim Wirtschaftsbau, der das Gros der Hochbauinvestitionen außerhalb des Wohnungsbaus (Nichtwohnbauten-Hochbau) bildet, wird sich der derzeit immer noch überproportional hohe Anteil an den gesamtdeutschen Investitionen nicht halten lassen. Hierfür spricht insbesondere der teilweise Wegfall der massiven Investitionsförderung auch in den anderen Ländern Ostdeutschlands nach 2010. Im Tiefbau, der von der Nachfrage der öffentlichen Hände dominiert wird, kann zwar wegen des Solidarpakt II noch mit einem relativ hohen Niveau der Investitionsnachfrage im laufenden Jahrzehnt gerechnet werden. Mit der sukzessiven Rückführung der Investitionsmittel aus dem Solidarpakt II zwischen 2010 und 2020 werden aber die Investitionen in Ostdeutschland wahrscheinlich rückläufig sein. Insgesamt wird deshalb die Baunachfrage auch nach 2010 weiter zurückgehen (vgl. Tab. 3).

Die Erwartung, dass die Baunachfrage in Ostdeutschland nach 2010 nur mehr wenig schrumpfen wird, bedeutet noch nicht, dass sich auch die Wertschöpfung im sächsischen Baugewerbe stabilisieren kann. Zu beachten ist nämlich, dass die EU-Osterweiterung gerade für das sächsische Baugewerbe die Wettbewerbsbedingungen wesentlich verändern wird. Spätestens nach Ausschöpfung der Übergangsfristen bis zur Verwirklichung der Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern, das heißt ab 2011, muss mit zusätzlicher Konkurrenz von Bau- und Ausbaufirmen aus Tschechien und Polen gerechnet werden, die mit einheimischen Arbeitskräften Bauwerke in Sachsen und im übrigen Bundesgebiet erstellen werden. Wegen des fortbestehenden Arbeitskostenvorteils wird es zu einer deutlichen Erhöhung der Importquote in der Bauwirtschaft kommen. Das Wachstum der Wertschöpfung im sächsischen Baugewerbe wird deshalb hinter dem Wachstum der Nachfrage nach Bauleistungen zurückbleiben (vgl. Tab. 3).

Konsequenzen der Rückführung der Abgabenbelastung

Die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben hat in Deutschland eine Höhe erreicht, welche zunehmend Widerstand bei den wirtschaftlichen Akteuren und den Arbeitnehmern erzeugt. Die notwendige Rückführung kann nur über eine Dämpfung der Staatsausgaben erfolgen. Neben der Kürzung von Subventionen für Unternehmen und von Transfers an die privaten Haushalte impliziert dies auch eine Verschlankung des öffentlichen Dienstes und Einsparungen bei den Käufen von Diensten, insbesondere im Gesundheitswesen.

Sachsen wird sich diesen Zwängen nicht entziehen können. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Versorgungsdichte mit öffentlichen Dienstleistungen, gemessen am Personaleinsatz pro 10.000 Einwohnern, nicht mehr in dem Tempo wie in der Vergangenheit zunehmen wird. Zum Teil wird sie sogar rückläufig sein (vgl. Abb. 8). Da auch zu viel Bürokratie als Wachstumshemmnis für Deutschland gilt, wird insbesondere der Verwaltungsbereich Personal einsparen müssen.

Angesichts sinkender Zahlen von Jugendlichen und Einwohnern im Studentenalter wird auch der Personaleinsatz für Erziehung und Ausbildung pro 10.000 Einwohner nicht mehr ansteigen wie in der Vergangenheit. Die rückläufige Tendenz zeichnet sich ab, obwohl beim Verhältnis Personal zu Ein-

wohnern unter 30 Jahren trotz Sparzwang bei den öffentlichen Haushalten noch eine Zunahme der Versorgungsdichte unterstellt wurde. Argumente hierfür liefert die notwendige Beseitigung von Defiziten im deutschen Bildungssystem und der zunehmende Bedarf an Erwachsenenbildung (Life-Long-Learning). Wenn sich trotzdem auf alle Einwohner bezogen ein Rückgang in der Versorgungsdichte ergibt, so zeigt dies das Ausmaß des sich abzeichnenden demographischen Wandels zu Ungunsten der Jungen. Sachsen liegt bei den Erziehungs- und Unterrichtsdiensten mit der Versorgung über dem deutschen Durchschnitt. Es wird davon ausgegangen, dass diese unter dem Aspekt Zukunftsfähigkeit positive Standortbedingung erhalten werden soll.

Angesichts der raschen Alterung der deutschen Bevölkerung steigt zwar der Bedarf an Gesundheits- und Pflegediensten. Wegen der leeren öffentlichen Kassen und der Notwendigkeit, die Abgabenbelastung zu verringern, wird sich aber keinesfalls der in der Vergangenheit zu beobachtende Anstieg der Versorgungsdichte fortsetzen lassen. Für Sachsen wird keine vollständige Annäherung an den deutschen Durchschnitt unterstellt.

Wirkungen verbesserter Rahmenbedingungen im Niedriglohnbereich

Wenn die deutsche Wirtschaft nicht endgültig in eine Stagnation geraten soll, stellt sich als zweite Reform-

Tab. 3

Szenario für die Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland (Neue Länder mit Ost-Berlin)

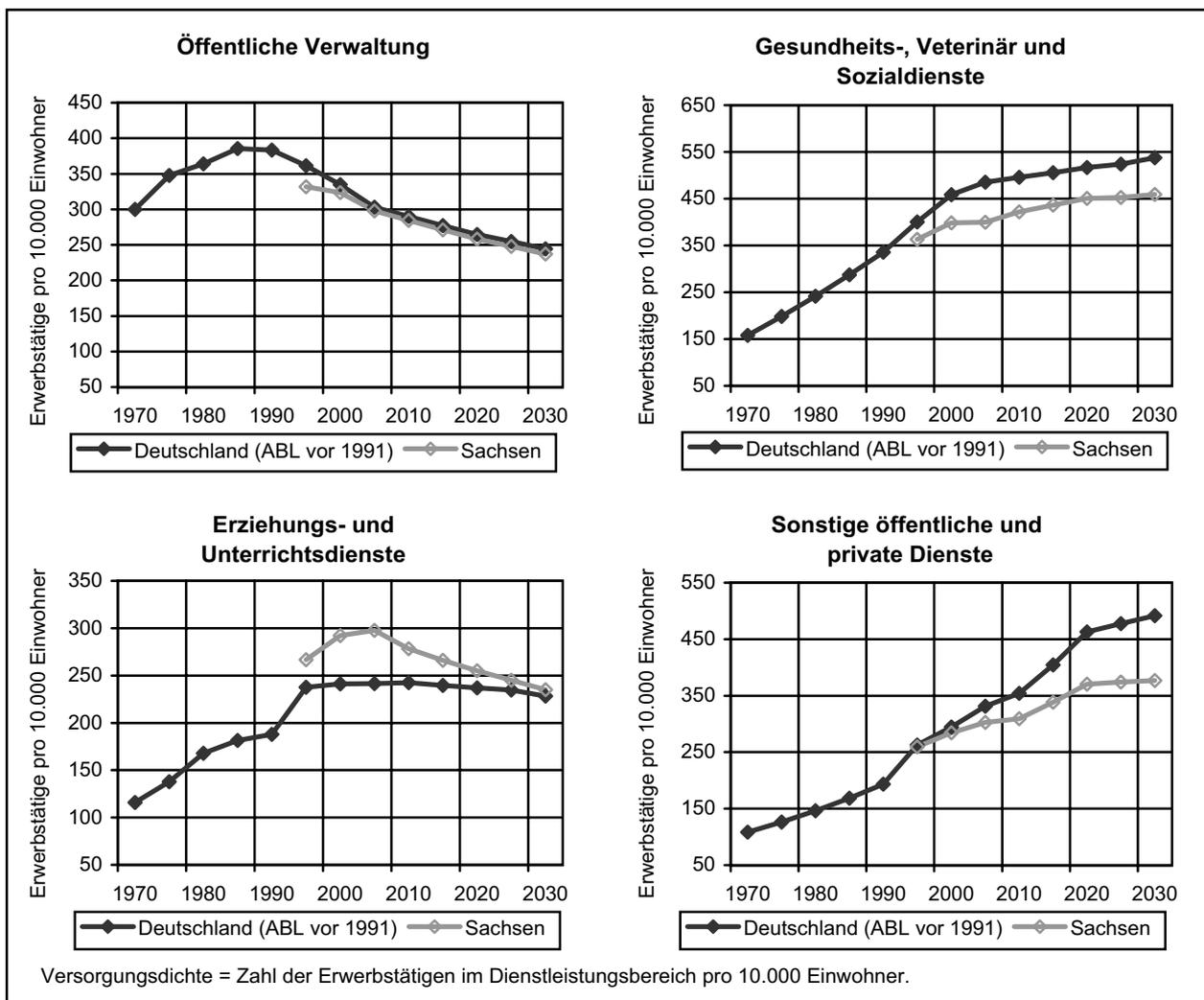
	Mrd. Euro (Preise von 1995)	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate (in Preisen von 1995 in %)		
	2000	2000-2010	2010-2020	2020-2030
Wohnbauten	25,9	-2,9	1,5	0,6
Nichtwohnbauten-Hochbau	16,8	-0,8	-1,0	-0,7
Nichtwohnbauten-Tiefbau	13,0	0,5	-1,9	-1,7
Bauten insgesamt	55,7	-1,4	-0,2	-0,3
Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995				
Baugewerbe Sachsen	7,46	-2,1	-1,2	-0,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

aufgabe die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Insbesondere gilt es, die Bedingungen für die Lohnbildung so zu verändern, dass sich auch in Deutschland ein Niedriglohnsektor entwickeln kann. Mit den derzeit angedachten Arbeitsmarktreformen und den Reformen der sozialen Sicherungssysteme sind Schritte in diese Richtung eingeleitet. Sie reichen aber noch nicht aus.¹⁷ Wenn unterstellt wird, dass durchgreifendere Reformen realisiert werden und noch in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts beginnen, ihre Wirkung zu entfalten, dann ist in der fol-

genden Dekade mit deutlich besseren Rahmenbedingungen für eine Reihe von lokalen Dienstleistungszweigen zu rechnen. Hierzu zählen nicht nur der Handel und das Gastgewerbe, sondern auch große Bereiche der personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen. Eine erfolgreiche Arbeitsmarktreform ist der Hauptgrund, weshalb die Versorgungsdichte mit sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen nach 2010 deutlich zunimmt (vgl. Abb. 8). Da hier Arbeitsplätze mit unterdurchschnittlicher Produktivität hinzu kommen, führt dieser Beschäftigten-

Abb. 8 Versorgungsdichte mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

¹⁷ Vgl. SINN (2003b).

zuwachs jedoch nicht zu einem proportionalen Anstieg der realen Bruttowertschöpfung. Wegen des notwendigen Abbaus im öffentlichen Dienst bleibt die Entwicklung der Bruttowertschöpfung bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen insgesamt deutlich hinter den anderen Dienstleistungszweigen zurück (vgl. Abb. 6).

Tendenzen in der Beschäftigung und am Arbeitsmarkt

Aus den dargestellten Perspektiven für das Wachstum der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche lässt sie die Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften und damit der Beschäftigung in Sachsen ableiten. Hierzu muss allerdings abgeklärt werden, wie sich das Bindeglied zwischen Wertschöpfung und Beschäftigtenzahl, nämlich die Arbeitsproduktivität unter den dargestellten Rahmenbedingungen entwickeln wird.

In der Vergangenheit bewegte sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen) in Deutschland in den meisten Wirtschaftsbereichen zwischen 1 und 3 % pro Jahr im langfristigen Durchschnitt. Dabei kann 1–1,5 % Wachstum dem technischen Fortschritt zugerechnet werden, der Rest entfällt auf den verstärkten Einsatz von Kapital im Verhältnis zur Arbeit (Kapitalintensivierung bzw. Substitution von Arbeit durch Kapital). Auch das Ranking im Produktivitätswachstum nach Wirtschaftszweigen war in der Vergangenheit stabil. Die Extrapolation dieses Musters und die Annahme, dass Sachsen bei der Arbeitsproduktivität den Rückstand gegenüber dem deutschen Durchschnitt allmählich aufholen wird, bildet die Basis der Vorausschätzung des Wachstums der Arbeitsproduktivität in den interessierenden Wirtschaftszweigen.

Abbildung 9 zeigt, welche Veränderungen sich in der Zahl der Erwerbstätigen bei der dargestellten Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen aus diesem Produktivitätsszenario ableiten lässt. Die Tendenzen nach Bereichen sind dabei sehr unterschiedlich.

Zu den schrumpfenden Bereichen zählt neben der

Land- und Forstwirtschaft und dem Bereich Energiewirtschaft und Bergbau, welche schon in der Vergangenheit stets per saldo Arbeitskräfte frei gesetzt haben, vor allem das Baugewerbe. Auch der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehrswirtschaft wird nach 2010 etwas weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das verarbeitende Gewerbe wird sich auf einem Niveau von rund 340.000 Beschäftigten stabilisieren. Sein kräftiges Produktionswachstum ist also allein Ergebnis der Produktivitätssteigerung, welche angesichts des derzeit noch großen Rückstandes (70 % des deutschen Durchschnitts) durchaus plausibel ist.

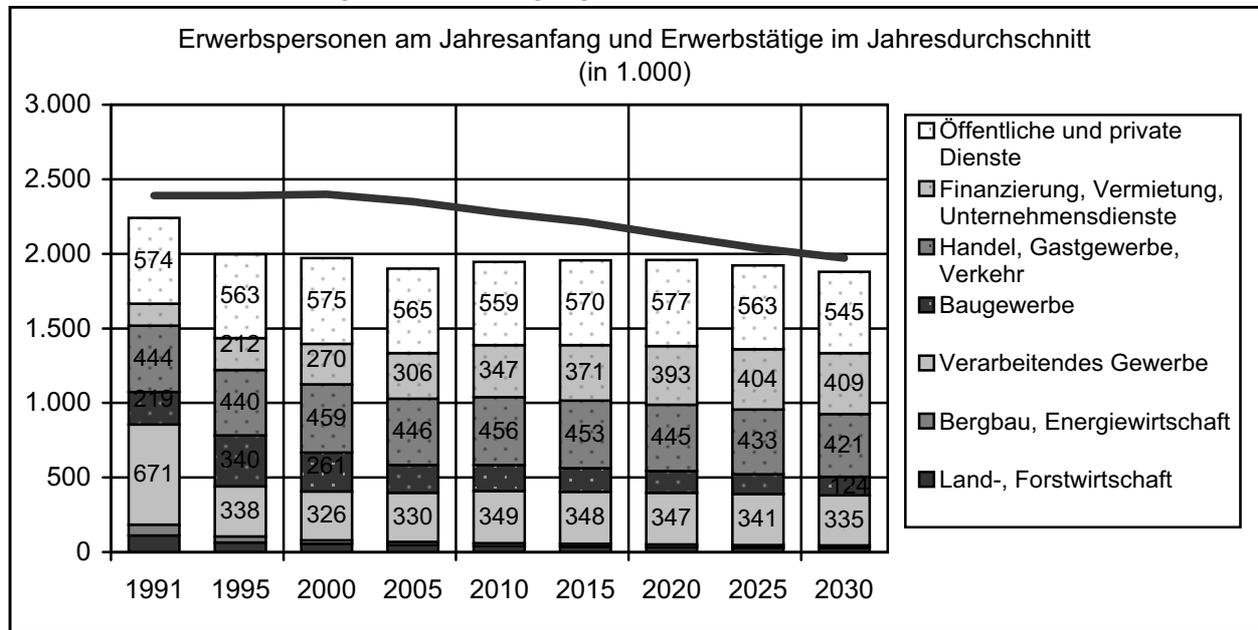
Zu den expandierenden Zweigen gehören der Bereich Finanzierung, Vermietung und Dienste für die Unternehmen und die öffentlichen und privaten Dienste. Bei allen Dienstleistungsbereichen ist die Entwicklung zwischen 2010 und 2020 durch das Entstehen eines Niedriglohnssektors positiv beeinflusst. Da hierbei Arbeitsplätze mit unterdurchschnittlicher Produktivität entstehen, schlägt die Expansion der Beschäftigung aber nicht proportional auf die Produktion durch. Insgesamt ergibt sich, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen im Großen und Ganzen auf dem in den letzten Jahren erreichten Niveau stabilisieren wird.

Die Konstellationen am Arbeitsmarkt in Sachsen werden sich trotzdem durchgreifend verändern, da in der gleichen Phase das Angebot, also die Zahl der Erwerbspersonen bzw. Arbeitssuchenden, sich aus demographischen Gründen deutlich verringern wird (vgl. Abb. 7). Bei der Schätzung des Arbeitskräfteangebotes wurde unterstellt, dass es ab 2010 keine Wanderungsverluste von Sachsen an die übrigen Bundesländer gibt und dass die Erwerbsquoten bei den älteren Bevölkerungsgruppen wieder ansteigen. Der Trend zu längeren Ausbildungszeiten bei den jüngeren Jahrgängen wird gestoppt. Es handelt sich also um eine Projektion mit durchaus „angebotsfreundlichen“ Annahmen bezüglich des zukünftigen Erwerbsverhaltens in Sachsen.

Die Differenz zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen ist die Zahl der Erwerbslosen, die mit der Zahl der Arbeitslosen korreliert. Die sich

Abb. 9

Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt in Sachsen bis 2030



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

schließende Schere zwischen Angebot und Nachfrage bedeutet, dass die Zahl der Erwerbslosen in den nächsten Dekaden kontinuierlich und deutlich abnehmen wird. Bis zum Jahr 2030 würde in dem dargestellten Szenario der heute zu beobachtende Berg von Erwerbslosen von rund 400.000 Personen auf unter 100.000 Personen abgeschmolzen sein.

Zur Qualität des Szenarios

Die dargestellte Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten dreißig Jahren ist nicht das einzige mögliche Szenario für Sachsen. Es setzt an verschiedenen Stellen Veränderungen in den Rahmenbedingungen der Wirtschaft voraus. So wäre z. B. die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 2010 und 2020 ohne die Annahme, dass aufgrund von Reformen ein Niedriglohnbereich entstehen wird, um 0,2%-Prozentpunkte niedriger und die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen um 40 bis 60 Tausend höher. Auch an anderen Stellen werden Veränderungen in den Rahmenbedingungen durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik unterstellt. Abgesehen davon, dass das Szenario damit den Charakter einer

bedingten Prognose hat, unterliegt die Vorausschau auch Risiken daraus, dass die zugrunde gelegten Trends auf Sektorebene zu positiv oder zu negativ gesetzt sein könnten. Eine kritische Größe sowohl für das Angebot am Arbeitsmarkt als auch die Nachfrage nach Gütern und Diensten bildet die vorgegebene Bevölkerungsentwicklung. Die Vorausschau geht von vergleichsweise vorsichtigen Annahmen hinsichtlich der Wachstumsdynamik im internationalen Umfeld aus. Wenn die unterstellten Verbesserungen in den lokalen und nationalen Rahmenbedingungen eintreten, ist deshalb das Risiko einer Unterschätzung der Wirtschaftsdynamik größer als das der Überschätzung.

Zusammenfassung

Für die Industrieländer rechnet die Internationale Energieagentur (IEA) mit einer Wachstumsverlangsamung in den nächsten Dekaden. Im Zeitraum 2020 bis 2030 wird sich im IEA-Szenario in allen wichtigen Wirtschaftsblöcken das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 1,7 % und 1,9 % pro Jahr einpendeln.

Deutschland ist in den letzten dreißig Jahren immer langsamer als der Durchschnitt der OECD-Länder gewachsen. Falls durchgreifende Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den nächsten Jahren realisiert werden, besteht die Aussicht, dass sich das Wachstum in Deutschland in den nächsten Dekaden leicht beschleunigt. Es wird aber den OECD-Durchschnitt nicht ganz erreichen. Ein maßgeblicher Faktor hierfür ist der fallende Trend in der Zahl der deutschen Einwohner und die ausgeprägte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur zu Lasten der jungen Menschen.

Die Wirtschaftsentwicklung Sachsens wird vor diesem Hintergrund davon bestimmt,

- wie lange und in welchem Umfang Sachsen seine guten Standortbedingungen für Zweige des verarbeitenden Gewerbes aufrecht erhalten kann;
- wie weit der im Gang befindliche Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft nach unten gehen muss und wie wettbewerbsfähig das sächsische Baugewerbe im Vergleich zu den Baufirmen in Polen und Tschechien nach 2011 sein wird;
- in welchem Umfang die öffentlichen Haushalte in Sachsen die Ausgaben beschneiden müssen;
- in welchem Ausmaß die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen auch in Sachsen zur Bildung eines Niedriglohnssektors führen.

Im Zeitraum bis 2030 werden damit sowohl Impulse als auch retardierende Momente für das Wirtschaftswachstum in Sachsen wirksam sein.

In dem entwickelten Szenario überwiegen die Auftriebskräfte so stark, dass nicht nur das sächsische Bruttoinlandsprodukt trotz stärker schrumpfender Einwohnerzahl wachsen wird. Das Wachstum wird deutlich über dem deutschen Durchschnitt liegen. Dies gilt insbesondere für die laufende Dekade. Danach verschlechtern sich die sächsischen Standortbedingungen relativ bzw. verschärft sich der Wettbewerb im Gefolge der EU-Osterweiterung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen. Der Wachstumsvorsprung Sachsens wird deshalb von Dekade zu Dekade abnehmen.

Wachstumsträger ist vor allem das verarbeitende Gewerbe, gefolgt mit Abstand vom Bereich „Finanzierung, Vermietung, Dienste für Unternehmen“. Positiv

bemerkbar macht sich dabei die Spezialisierung der sächsischen Industrie auf Hightech-Bereiche (insbesondere Informations- und Kommunikationstechnik), welche überdurchschnittlich wachsende Märkte haben werden. Aber auch der Fahrzeug- und Maschinenbau, die von der EU-Osterweiterung profitieren werden, tragen zum Wachstum des verarbeitenden Gewerbes bei. Von der Verschlechterung der Standortbedingungen nach 2010 werden vor allem kapitalintensive und/oder humankapitalarme Industriezweige betroffen sein.

Bei den Erwerbstätigen zeichnet sich ein weitreichender Strukturwandel ab. Neben der Land- und Forstwirtschaft, dem Bergbau und der Energiewirtschaft wird vor allem das Baugewerbe schrumpfen. Das verarbeitende Gewerbe wird die Zahl der Arbeitsplätze auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren. Von besseren Bedingungen für den Niedriglohnbereich werden eine Reihe von Dienstleistungszweigen profitieren, die international nicht handelbare Dienste anbieten. Insgesamt ist in Sachsen mit einer im Trend leicht sinkenden Zahl von Erwerbstätigen in den nächsten Dekaden zu rechnen.

Da im gleichen Zeitraum das Arbeitskräfteangebot aus demographischen Gründen deutlich abnimmt, wird sich trotzdem die Konstellation zwischen Angebot und Nachfrage am sächsischen Arbeitsmarkt in diesem Szenario radikal ändern. Bis zum Jahr 2030 würde der heute zu beobachtende Berg von Erwerbslosen von rund 400.000 Personen auf unter 100.000 Personen abgeschmolzen sein.

Wolfgang Gerstenberger

Literatur

- FRANZ, WOLFGANG und FEHN, RAINER (2002): „Die Vorschläge der Hartz-Kommission“, in: ifo Schnelldienst, Heft 15/2002, S. 3–9.
- GERSTENBERGER, WOLFGANG (2001): „Wachstumsbremse Bau – Wann kehrt Ostdeutschland wieder zum Aufholpfad zurück?“, in: ifo Dresden berichtet, Heft 5/2001, S. 37–44.
- INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR (IEA, Hrsg.) (2002): World Energy Outlook 2002.
- OCHEL, WOLFGANG (2003): „Hartz and more: Zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch Leiharbeit“, in: ifo Schnelldienst, Heft 1/2003, S. 21–32.
- OCHEL, WOLFGANG und WERDING, MARTIN (2002): „Und wo kommen die Arbeitsplätze her? Kritische Anmerkungen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission“, in: ifo Schnelldienst, Heft 15/2002, S. 10–18.

- SINN, HANS-WERNER (2002): Die rote Laterne. Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen, ifo Schnelldienst, Heft 23/2002.
- SINN, HANS-WERNER (2003a): „Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und ihre Politikimplikationen“, in: ifo Schnelldienst, Heft 5/2003, S. 20–36.
- SINN, HANS-WERNER (2003b): „Stellungnahme zur Rede des Kanzlers am 14. März 2003“, in: ifo Schnelldienst, Heft 5/2003, S. 3–4.
- SINN, HANS-WERNER; HOLZNER, CHRISTIAN; MEISTER, WOLFGANG ET AL. (2002): „Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum“, in: ifo Schnelldienst, Heft 9/2002, S. 3–52.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschland 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003): Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020, Kamenz.
- VOTTELER, MICHAELA (2002): „Sächsische Exporte expandieren 2003 wieder kräftig“, in: ifo Dresden berichtet, Heft 6/2002, S. 28–40.